

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 7

vom 21. Februar 2014  
Redaktion: Katja Richardt

## Arbeit

Hamburg bietet Coaching für Auszubildende ..... 2

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Neue Schule für Hamburger MINT-Nachwuchs ..... 3

632:608 Punkte: Das Linke schlägt zurück! ..... 5

## Umwelt

Von Vorreitern lernen ..... 6

## Wirtschaft

Toyota Brennstoffzellenfahrzeuge für Hamburg ..... 8

## Haushalt und Finanzen

Vorläufiger kameraler Jahresabschluss 2013 ..... 10

## Öffentlicher Dienst

Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ..... 11

## Justiz

Arbeit statt Haft ..... 13

## Bezirke

Hamburger Kundenzentren erweitern ihr Terminmanagement ..... 14

## Datenschutz

Datenschutz made in Hamburg ..... 16

## Zur Information

3 %-Sperrklausel für Bezirksversammlungswahl ..... 19

Terminkalender ..... 20

21. Februar 2014/basfi21

## Hamburg bietet Coaching für Auszubildende

### Vier ESF-geförderte Ausbildungsagenturen betreuen junge Menschen vor, während und nach ihrer Berufsausbildung

Damit können bis zu 5.100 Jugendliche ein Coaching für ihre Berufsausbildung erhalten. Das Ausbildungscoaching wird übergreifend für alle sieben Hamburger Bezirke angeboten. Hamburg investiert dafür bis 2017 rund 3,6 Mio. Euro. Die Mittel stammen vom Europäischen Sozialfonds (ESF), der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie der Agentur für Arbeit.

„Nach der Jugendberufsagentur ist das Coaching ein weiteres Instrument für eine erfolgreiche Berufsausbildung“, sagt **Senator Detlef Scheele**. „Wir wollen Jugendlichen die besten Chancen geben, nicht nur in Ausbildung zu kommen, sondern auch ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen und einen vorzeitigen Abbruch zu vermeiden.“

Das Coaching-Angebot der Agenturen richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre sowie an Personalverantwortliche von Betrieben, deren Auszubildende Unterstützung benötigen. Die Berufsberaterinnen und -berater der Jugendberufsagentur vermitteln die Unterstützung durch eine Ausbildungsagentur. Dort wird den Jugendlichen bei der Bewerbung um den gewünschten Ausbildungsplatz geholfen, unter anderem mit der Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche. Darüber hinaus werden junge Menschen auf finanzielle Fördermöglichkeiten hingewiesen.

Sind die Ausbildungsverträge unterschrieben, gibt es einen regelmäßigen Informationsaustausch mit den Betrieben und den Auszubildenden. Ziel des Coachings ist, Konflikten vorzubeugen, die zum Abbruch der Ausbildung führen könnten. Die Agenturen kümmern sich daher auch um Auszubildende, die ihre Berufsausbildung bereits begonnen haben. Droht ein Abbruch oder ist er bereits erfolgt, vermitteln sie gemeinsam mit der Jugendberufsagentur zwischen Auszubildenden und Betrieben. Eine Fortsetzung der Unterstützung im Anschluss an die Ausbildung beim Übergang in die reguläre Erwerbstätigkeit ist möglich.

#### **Rückfragen der Medien:**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration | ESF-Öffentlichkeitsarbeit  
Nora Obenaus | T 040 42863 3959 | [esf-pr@basfi.hamburg.de](mailto:esf-pr@basfi.hamburg.de) | [www.esf-hamburg.de](http://www.esf-hamburg.de)

18. Februar 2014/bsb18

## Neue Schule für Hamburger MINT-Nachwuchs

### Höhere Technischule für Informations-, Metall- und Elektrotechnik bereitet auf technische Berufe oder Studiengänge vor

Am 1.8.2014 startet die neue Höhere Technischule für Informations-, Metall- und Elektrotechnik in Hamburg an zwei Schulstandorten. Die zweijährige Berufsfachschule bietet Hamburger Jugendlichen mit einer Affinität zur Technik eine attraktive Möglichkeit in Berufe der Bereiche [Mathematik](#), [Informatik](#), [Naturwissenschaft](#) und [Technik](#) (MINT) oder in ein Studium einzusteigen. Aufgenommen werden Hamburger Jugendliche unter 18 Jahren, die einen Mittleren Schulabschluss mit der Durchschnittsnote 3,3 oder besser erworben haben.

Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung: „Die neue Höhere Technischule für Informations-, Metall- und Elektrotechnik gibt insbesondere Schülerinnen und Schülern mit technischen Neigungen und Stärken ein gutes Umfeld, um sie gezielt zu fördern und ihnen den Zugang in diese Berufsfelder zu erleichtern. Denn wir brauchen dringend junge Menschen, die an die MINT-Berufe herangeführt werden, die ein vertieftes Verständnis für die Schlüsseltechnologien dieser Fächer mitbringen und somit anschlussorientiert ausgebildet sind.“

Um diese Ziele zu erreichen gliedert sich die Höhere Technischule in zwei Ausbildungsabschnitte. Das erste Jahr dient der Vermittlung von Kompetenzen in technischen Berufsfeldern (Informations-, Metall- und Elektrotechnik), die auf nachfolgende Berufsausbildungen in diesen Berufsfeldern anrechenbar sind und einen direkten Übergang in eine duale Berufsausbildung ermöglichen. Dafür durchlaufen die Schülerinnen und Schüler abwechselnd schulische und betriebliche Phasen und lernen auf diesem Wege betriebliche Abläufe und technische Grundlagen kennen. Ihre betrieblichen Erfahrungen werden mit dem Unterricht der Schule verknüpft und dort fortgeführt. Die berufspraktische Ausbildung hat einen Umfang von insgesamt 800 Stunden, die in der Regel in vier Abschnitte je fünf Wochen gegliedert sind. Während der Zeit im Betrieb werden die Schülerinnen und Schüler durch Mentorinnen oder Mentoren der Schule sowie durch Ansprechpartner im Betrieb betreut. Ziel ist eine möglichst reibungslose Eingliederung in eine duale Berufsausbildung im Laufe des ersten Jahres oder an dessen Ende.

Das zweite Jahr der Höheren Technischule findet ausschließlich in der Schule statt. Der Einstieg in das zweite Jahr ist an Übergangsbedingungen geknüpft (Durchschnittsnote 3,5; erfolgreich absolvierte berufspraktische Ausbildung im ersten Jahr). Um dem absehbaren Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften in den Unternehmen gerecht zu werden, führt die Höhere Technischule im zweiten Jahr zu einer vollwertigen Fachhochschulreife (FHR).

Durch ihre Struktur stellt die Höhere Technischule somit ein praxisnahes Bildungsangebot für technisch orientierte Schülerinnen und Schüler dar. Sie bietet zum einen verbesserte

Zugangschancen für einen dualen Ausbildungsberuf und/oder zum anderen eine vollwertige Fachhochschulreife.

Die neue Höhere Technikerschule für Informations-, Metall- und Elektrotechnik wird in Hamburg an zwei Standorten starten. Beide berufsbildende Schulen verfügen schulformübergreifend über hohe Kompetenz in der Ausbildung im MINT-Bereich. An den Standorten sind in unterschiedlicher Zusammensetzung Berufsfachschule, Berufsschule, Fachoberschule, Berufsoberschule, Technisches Gymnasium und Fachschule angesiedelt. Somit profitieren die zukünftigen Schülerinnen und Schüler der neuen Höheren Technikerschule von deren inhaltlicher und räumlicher Nähe, vom Transfer modernster technischer Ausstattungen und Technologien und von engen Kooperationen der Schulen z.B. mit der TU Hamburg-Harburg und Hamburger Unternehmen.

Anmeldungen zur Höheren Technikerschule für Informations-, Metall- und Elektrotechnik erfolgen für das Schuljahr 2014/15 bis zum 31. März 2014 an den jeweiligen Schulstandorten:

- Berufliche Schule Farmsen (G 16)  
Hermelinweg 8  
22159 Hamburg  
Tel. 428855-750; E-Mail: [g16@hibb.hamburg.de](mailto:g16@hibb.hamburg.de), [www.g16hamburg.de](http://www.g16hamburg.de)
- Berufliche Schule Informations- und Elektrotechnik, Chemie- und Automatisierungstechnik (G 18)  
Dratelnstraße 26  
21109 Hamburg  
Tel. 428 79-02, E-Mail: [g18@hibb.hamburg.de](mailto:g18@hibb.hamburg.de), [www.g18.de](http://www.g18.de)

#### Rückfragen der Medien:

<b>Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)</b> Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit Tel. (040) 4 28 63 – 2842, E-Mail: <a href="mailto:angela.homfeld@hibb.hamburg.de">angela.homfeld@hibb.hamburg.de</a> Internet: <a href="http://www.hibb.hamburg.de">www.hibb.hamburg.de</a>	<b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b> Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: <a href="mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de">peter.albrecht@bsb.hamburg.de</a> Internet: <a href="http://www.hamburg.de/bsb">www.hamburg.de/bsb</a>
--	---

18. Februar 2014/bsb18a

## **632:608 Punkte: Das Linke schlägt zurück!**

### **Weltgrößtes Schulschachturnier „Rechtes gegen Linkes Alsterufer“**

**Das größte Schulschachturnier der Welt ist heute mit einem Sieg in letzter Sekunde für das linke Alsterufer zu Ende gegangen: Das linke Ufer siegte mit 632 zu 608 Punkten. Noch wenige Minuten vor dem „Schlusspfeiff“ lagen beide Alsterseiten mit 560 zu 560 Punkten gleichauf. Das linke Alsterufer revanchierte sich auf diese Weise für die Niederlage des Vorjahres. In den letzten zehn Jahren konnten damit rechts wie links jetzt jeweils fünf Mal punkten. Insgesamt führt das linke Alsterufer seit Turnierstart im Jahr 1958 allerdings noch immer mit 36 zu 17.**

Am Morgen hatte Bildungssenator Ties Rabe unter lauten Anfeuerungsrufen das Traditionsturnier mit einer Internetpartie zwischen Schülern aus Hamburg und London eröffnet. In Wembley stand der CEO von Barclaycard Europe David Chan Pate, in Hamburg wurde Schulsenator Rabe vom Schachbundestrainer Dorian Rogozenco und dem englischen Großmeister Daniel King unterstützt. In diesem Fern-Duell siegte Hamburg gegen London im Laufe des Vormittags mit 2 zu 1 Punkten.

2.480 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren im Congress Centrum Hamburg gegeneinander angetreten. Besonders freuen konnten sich die Spielerinnen und Spieler des ReBBZ Zitzewitzstraße, die in diesem Jahr aus allen 8:0-Siegern des Linken Alsterufers ausgelost wurden und nun für ein Jahr den goldenen Wanderpokal des Turniers in ihrer Schule ausstellen dürfen.

Erstmals spielten die Teilnehmenden mit einer Partie zwei Turniere, denn das Turnier war gleichzeitig Qualifikationsturnier für das größte Online-Schulschachturnier der Welt, „Yes2Chess“ des Turniersponsors Barclaycard. Turnierorganisator Jan Pohl: „Wir sind glücklich, mit Barclaycard einen Sponsor an unserer Seite zu haben, dem das Schulschach wirklich am Herzen liegt.“

Der Veranstaltungstag wurde am Nachmittag durch die Hamburger Schul-Blitzmeisterschaft und am Abend durch das Turnier der „Ehemaligen“ abgerundet, bei dem sich rund 300 erwachsene Schachspieler im CCH am Brett an alte Schulschachzeiten erinnerten.

#### **Rückfragen:**

**Behörde für Schule und Berufsbildung**

Jan Pohl, Fachausschuss Schach

Tel. (0151) 230 35 899

E-Mail: [jan.pohl@mac.com](mailto:jan.pohl@mac.com)

17. Februar 2014/bsu17

## Von Vorreitern lernen

### Erster UmweltPartnerdialog zu Gast im Mercedes-Benz Werk Hamburg

**Seit 2003 gibt es die UmweltPartnerschaft Hamburg. In ihr sind knapp tausend Unternehmen aller Größen und Branchen der Stadt organisiert, die freiwillige Leistungen im Umweltschutz erbringen. Um den Wünschen der Unternehmen nach mehr Dialog nachzukommen, hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) als neues Forum den UmweltPartnerDialog ins Leben gerufen. Der allererste findet Morgennachmittag bei einem der ersten Mitglieder der UmweltPartnerschaft statt, im Mercedes-Benz Werk Hamburg.**

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „UmweltPartner-Dialog heißt noch bessere Vernetzung im Bereich des Zukunftsmarkts Umwelttechnologie. Mit diesem neuen Veranstaltungsangebot wollen wir das Engagement unserer Partner würdigen und vorhandenes Know-how im Umweltschutz verbreitern. UmweltPartner-Dialoge sollen in den kommenden Jahren gute Beispiele vorstellen und dazu anregen, sich von ihnen inspirieren zu lassen.“

„Als UmweltPartner der ersten Stunde freuen wir uns, die Premiere des Dialogs hier im Mercedes-Benz Werk Hamburg auszurichten“, so Werner Schalow, Leiter Mercedes-Benz Werk Hamburg. „Bei der Entwicklung und Fertigung von Aggregaten und Komponenten für Pkw von Mercedes-Benz stellen wir uns schon seit langem erfolgreich strengen Qualitäts- und Umweltschutzanforderungen. Mit Fachvorträgen zu umwelt- und energiefreundlichen Fertigungsverfahren und Gesprächsmöglichkeiten mit unseren Experten veranschaulichen wir den Teilnehmern, wie das im Detail möglich wird.“

Das Mercedes-Benz Werk ist Gründungsmitglied der UmweltPartnerschaft und gehört zu den 15 großen Hamburger Unternehmen, die im vergangenen Jahr eine freiwillige Vereinbarung unterzeichnet haben, ihren Energieverbrauch durch zusätzliche Investitionen in effiziente Produktionstechnik zu senken und bis 2018 mindestens weitere 150.000 Tonnen CO<sub>2</sub> einzusparen. Im Werk werden Achsen und Achskomponenten, Lenksäulen sowie Komponenten der Abgastechnologie und Leichtbauteile entwickelt und produziert. Am Standort sind derzeit über 2.500 Mitarbeiter beschäftigt. Seit über 17 Jahren betreibt das Mercedes-Benz Werk Hamburg erfolgreiches Umweltmanagement und erfüllt damit die internationale Norm ISO 14001 und die umfassende EG-Öko-Audit-Verordnung (EMAS III). Seit 2011 erfasst das integrierte Managementsystem auch die Energiewirtschaft (zertifiziert nach DIN EN 16001, Umstellung auf internationalen Standard ISO 50001 im Jahr 2012).

Mehr zum ersten UmweltPartner- Dialog im Internet unter:

[www.hamburg.de/umweltpartnerschaft/aktuelles/4262138/erster-umweltpartner-dialog.html](http://www.hamburg.de/umweltpartnerschaft/aktuelles/4262138/erster-umweltpartner-dialog.html)

**Kontakte:**

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,** Pressestelle, Volker Dumann, 040-42840-249, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)

**Mercedes-Benz Werk Hamburg,** Pressesprecherin Vivien Weiß, 0711-17-49899, [vivien.weiss@daimler.com](mailto:vivien.weiss@daimler.com)

19. Februar 2014/bwvi20

## **Toyota Brennstoffzellenfahrzeuge für Hamburg**

### **Toyota präsentiert Prototyp des ersten Serienfahrzeugs mit Brennstoffzelle in Hamburg. Zusammenarbeit bei emissionsfreien Brennstoffzellenautos wird ausgebaut.**

**Im Vorfeld der Markteinführung im kommenden Jahr wird heute der Prototyp des ersten Brennstoffzellen-Serienfahrzeugs von Toyota in Hamburg der Presse vorgestellt. Aus diesem Anlass wird bei einem Treffen zwischen Hamburgs Wirtschaftssenator Frank Horch und Katsuhiko Hirose, dem Chefentwickler der Brennstoffzellentechnologie von Toyota, der mögliche Einsatz von Brennstoffzellenautos ab 2015 in der Hansestadt diskutiert.**

Nachdem Toyota im vergangenen Jahr angekündigt hat, als einer der ersten Automobilhersteller weltweit ein Brennstoffzellenfahrzeug in Serie zu produzieren, plant die Hansestadt diese klimafreundlichen und leisen Fahrzeuge in Flotten bei Wirtschaftsunternehmen, Behörden und als Taxen in wachsenden Stückzahlen einzusetzen. Damit wird eine mögliche Kooperation, die im Rahmen einer Delegationsreise des Wirtschaftssenators nach Japan und seines Besuches im Testlabor von Toyota im Juni 2012 begründet wurde, nun um ein Element bereichert. Der Vorteil des Einsatzes der Brennstoffzellenfahrzeuge liegt aus Sicht des Hamburger Senates darin, dass sie wegen ihrer hohen Leistungsfähigkeit und einer Reichweite von über 500 Kilometern eine echte Alternative bei Strecken bieten, für die die Ladekapazität von Batterieautos nicht ausreicht, trotzdem aber eine leise und emissionsfreie Fahrt gewünscht wird.

Für Toyota ist es wichtig, von Anfang an auch geeignete Nutzer für den Einsatz dieser innovativen Serienfahrzeuge zu haben. Hierfür bietet die Hansestadt als Vorreiterin in der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie ideale Bedingungen, da sie bereits über drei leistungsfähige öffentliche Wasserstoff-Tankstellen verfügt. Noch in diesem Jahr werden im Rahmen der von der Bundesregierung geförderten Clean Energy Partnership (CEP) zwei weitere Stationen im Stadtgebiet errichtet.

Hamburg baut so seine Position als führendes Kompetenzzentrum dieser innovativen und umweltfreundlichen Mobilitätsform in Deutschland weiter aus.

#### **Frank Horch, Senator der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation:**

„Ich freue mich sehr, dass Toyota sich entschieden hat, sein erstes Brennstoffzellenkonzeptfahrzeug auf deutschem Boden bei uns in Hamburg vorzustellen. Hier bestätigt sich unser frühzeitiges Engagement die Infrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien intensiv voran zu treiben und zeigt, dass Hamburg als Innovationsstandort auch von der Industrie wahrgenommen wird.“

**Andy Fuchs, Leiter Konzernrepräsentanz, Toyota Motor Europe:**

„Unsere Brennstoffzellenautos fahren ohne schädliche Emissionen und tragen dazu bei, die Luftqualität auch in Städten zu verbessern. Außerdem sind sie komfortabel, leise und haben eine große Reichweite. Hamburg gehört für uns zu den wichtigsten Standorten dieser Zukunftstechnologie. Mit seinen vielfältigen Anwendungen, der starken Unterstützung durch den Senat und den bereits vorhandenen Wasserstofftankstellen ist die Hansestadt für uns ein vorbildlicher Standort für einen wachsenden Einsatz unserer Serienfahrzeuge.“

**Dr. Oliver Weinmann, Geschäftsführer der Vattenfall Europe Innovation GmbH:**

„Ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz von Tankstellen ist die Voraussetzung für die Betankung von Wasserstoff- und Brennstoffzellenfahrzeugen. Hamburg ist ein guter und verlässlicher Partner und liefert mit seinen bereits heute betriebenen Wasserstoff-Tankstellen einen wichtigen Beitrag für die Akzeptanz der Technologie bei den Nutzern.“

**Über das Fuel Cell Vehicle FCV:**

Das auf der Tokio Motorshow 2013 gezeigte Konzeptfahrzeug, zeigt in welche Richtung das Serienfahrzeug gehen wird. Die geräumige viersitzige Limousine ist für die Langstrecke entwickelt worden. Ohne schädliche Emissionen und mit einer Reichweite von über 500 Kilometern pro Tankfüllung - so stellt sich Toyota die Mobilität der Zukunft vor.

**Über das NIP:**

Der Aufbau von Wasserstoff-Tankstellen für den Demonstrationsbetrieb in Deutschland wird über das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) der Bundesregierung gefördert. Koordiniert wird das Programm von der NOW GmbH, Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie. Mit dem bis 2016 mit einem gesamten Programmvolumen von 1,4 Mrd. Euro laufenden Nationalen Innovationsprogramm NIP schafft der Bund gemeinsam mit der Industrie einen Rahmen zur Erprobung dieser Technologie im Alltag.

**Über die Clean Energy Partnership:**

Die CEP wurde im Dezember 2002 als gemeinsame Initiative von Politik und Industrie unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums etabliert. Sie ist das größte Demonstrationsprojekt für Wasserstoffmobilität in Europa und ein Leuchtturmprojekt des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) im Verkehrsbereich.

Toyota und Vattenfall sind Partner in der CEP.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: [pressestelle@bwvi.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwvi.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwvi](http://www.hamburg.de/bwvi)

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH\\_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

18. Februar 2014/fb18

## Vorläufiger kameraler Jahresabschluss 2013

### Defizit und Neuverschuldung rückläufig

**Nach dem vorläufigen kameralem Jahresabschluss beträgt das Finanzierungsdefizit der Freien und Hansestadt Hamburg im Haushaltsjahr 2013 rund 470 Mio. €. Es fällt damit niedriger aus als im Vorjahr (592 Mio. €) und beinhaltet bereits eine Nachzahlung im Länderfinanzausgleich von 117 Mio. €, die Hamburg aufgrund des aktuellen Zensus rückwirkend für die Jahre 2011 und 2012 leisten musste.**

Aufgrund des gegenüber dem Haushaltsplan geringeren Defizits kann die geplante Nettokreditaufnahme auf 198 Mio. € zurückgeführt werden (Vorjahr 259 Mio. €). Das Defizit verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr durch höhere Gesamteinnahmen sowie geringere Gesamtausgaben, die unter anderem auf dem aktuell niedrigen Zinsniveau, geringeren Kreditaufnahmen der Vorjahre und einer späteren Auszahlung von Investitionsmitteln – insbesondere für die Elbphilharmonie – beruhen.

„Die schrittweise Rückführung des strukturellen Haushaltsdefizits wird durch der Einhaltung der Ausgabenlinie mit einer Steigerung von 1 Prozent pro Jahr fortgeführt“, sagte Finanzsenator Peter Tschentscher heute. Der Senat halte an seinem langfristigen Finanzkonzept fest: „Mehreinnahmen führen nicht zu Mehrausgaben, eventuelle Steuermindereinnahmen aufgrund konjunktureller Schwankungen lösen keine Kürzungsprogramme aus.“ Nur mit einer soliden und stetigen Haushalts- und Finanzplanung könne ein struktureller Haushaltsausgleich spätestens 2019 / 2020 erreicht werden.

#### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker  
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556  
E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)

17. Februar 2014/pa17

## **Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst**

### **Senat beschließt Gesetzentwurf zur Neufassung des hamburgischen Personalvertretungsrechts**

**Der Senat hat sich abschließend mit der Novellierung des hamburgischen Personalvertretungsrechts befasst. Wesentliches Ziel ist es, die Mitspracherechte der Personalräte auszubauen. Das Vorhaben geht auf das bürgerschaftliche Ersuchen „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder stärken“ zurück.**

Parallel zur Novelle des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes werden auch die entsprechenden Regelungen für den Richterbereich im Hamburgischen Richtergesetz angepasst. Der vorliegende Gesetzentwurf ist Ergebnis eines Dialogs zwischen Senat, Personalamt und Behörden einerseits und Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (DGB, dbb hamburg) andererseits. Die Gespräche fanden seit November 2011 unter Leitung des für das Personalamt verantwortlichen Staatsrats Dr. Christoph Krupp statt. Der Gesetzentwurf wird nun der Bürgerschaft zur Beratung zugeleitet.

#### **Wesentliche Eckpunkte des Gesetzentwurfes sind:**

- Die Mitbestimmung der Personalvertretungen wird ausgebaut, insbesondere wird der Grundsatz der innerdienstlichen Allzuständigkeit erstmalig in Hamburg gesetzlich verankert. Damit haben die Personalvertretungen künftig grundsätzlich in allen innerdienstlichen Angelegenheiten mitzubestimmen und nicht nur in den bislang im Gesetz abschließend aufgeführten Fällen.
- Parallel zum Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Personalräte werden die Rechte der einzelnen Beschäftigten gegenüber den Personalräten und gegenüber den Dienststellen gestärkt. Hierzu werden den Beschäftigten Anhörungs- und Informationsrechte sowohl gegenüber den Personalvertretungen als auch den Dienststellen eingeräumt.
- Der Gesetzentwurf verankert die Gleichstellung von Frauen und Männern im hamburgischen Personalvertretungsrecht. Bei der Zusammensetzung der Personalräte soll künftig eine angemessene Beteiligung von Frauen und Männern gewährleistet sein.

Rückfragen:

Bettina Lentz

Leiterin des Personalamtes

Tel.: 040/42831-1505/1506

Fax: 040/42831-2420

E-Mail: [Bettina.Lentz@personalamt.hamburg.de](mailto:Bettina.Lentz@personalamt.hamburg.de)

20. Februar 2014/jb20

## Arbeit statt Haft

### Betroffene erbringen 2013 rund 115.000 Stunden gemeinnützige Arbeit

**Verurteilte, die nicht in der Lage sind, ihre Geldstrafe zu bezahlen, können diese in Hamburg abarbeiten. Statt einen Tag im Gefängnis zu verbringen, müssen die Betroffenen fünf Stunden gemeinnützig arbeiten. Im Jahr 2013 hatten in Hamburg 950 Personen die Möglichkeit, ihre Geldstrafe abzuarbeiten.**

„Es bringt nichts Straftäter, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, zu hohen Kosten für kurze Zeit ins Gefängnis zu bringen. Sie werden damit aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und laufen Gefahr ihre Arbeit oder ihre Wohnung zu verlieren, und das obwohl die Gerichte bei der Verurteilung gerade keine Haftstrafe verhängt haben. Bei kurzen Gefängnisstrafen kann kaum sinnvoll mit den Betroffenen gearbeitet werden. Mit „Arbeit statt Haft“ leisten die Betroffenen etwas Sinnvolles für das Gemeinwesen und Hamburg spart Geld“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Wenn jemand seine Geldstrafe nicht zahlen kann, bleibt oft nur die Möglichkeit, sie als sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe im Gefängnis zu verbüßen. Aktuell befinden sich deswegen 64 Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Billwerder, der überwiegende Teil wegen Kleinkriminalität wie „Schwarzfahrten“ oder Diebstählen. Dies wird vor allem deswegen als unbefriedigend empfunden, weil das Gericht nicht eine Freiheitsstrafe, sondern die mildere Sanktion der Geldstrafe als angemessen ansah. Durch „Arbeit statt Haft“ wurden in 2013 insgesamt 603 Geldstrafen mit rund 22.000 Tagessätzen (Hafttagen) ganz oder teilweise durch gemeinnützige Arbeit getilgt. Stattdessen wurden von den Betroffenen rund 115.000 Arbeitsstunden für das Gemeinwesen erbracht. Für jeden Hafttag entstehen dem Steuerzahler Kosten von rund 155 €. Der vom Gericht festgesetzte Tagessatz bei einer Geldstrafe beträgt demgegenüber, z.B. bei Sozialhilfeempfängern, häufig nur 8 €.

Seit dem vergangenen Jahr wird zudem bei der Bewilligung von „Arbeit statt Haft“ mehr Rücksicht auf Härtefälle genommen (z.B. bei Alleinerziehenden, körperlicher Behinderung, langfristigen Erkrankungen, Drogen- oder Alkoholabhängigkeit, Teilnahme an Bildungs- oder Eingliederungsmaßnahmen). Bei 77 Personen (2012: 53) wurde im Jahr 2013 ein Härtefall festgestellt. In diesem Fall genügen drei Stunden gemeinnützige Arbeit, um einen Hafttag zu vermeiden.

Rückfragen

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

18. Februar 2014/bez18

**„Tschüss, Wartezeit!“**

## **Hamburger Kundenzentren erweitern ihr Terminmanagement**

**Hamburger Bürgerinnen und Bürger können für ihren Besuch im Kundenzentrum online einen Termin vereinbaren und sparen sich die Wartezeit**

Hamburger Bürgerinnen und Bürger haben jetzt auch die Möglichkeit, für Besuche in Kundenzentren auf [www.hamburg.de/kundenzentrum](http://www.hamburg.de/kundenzentrum) online einen Termin zu vereinbaren. So lassen sich die Wartezeiten bei vielen Angelegenheiten rund um das Einwohnermelde- und Passwesen vermeiden.

Wer vorab einen Termin über das Internet bucht, wird in der Regel schneller bedient. Bürgerinnen und Bürger können einen Termin im Kundenzentrum ihrer Wahl vereinbaren – unabhängig von ihrem Wohnort – zum Beispiel in der Nähe des Arbeitsplatzes. So lassen sich Behördenbesuche noch flexibler planen.

Im Internet kann ganz einfach die gewünschte Dienstleistung und der entsprechende Wunschtermin ausgewählt werden, bei freien Terminen bis zu einer Stunde vorher. Anschließend wird eine E-Mail mit einem Aktivierungslink verschickt. Innerhalb von einer Stunde muss der Termin über den Aktivierungslink bestätigt werden, damit der Termin gebucht und eine Bestätigungs-E-Mail mit weiteren Informationen zur gezielten Vorbereitung auf den Besuch im Kundenzentrum versendet wird.

Das Angebot wird bereits sehr gut angenommen: Seit Start des Serviceangebots haben rund 28.000 Bürgerinnen und Bürger einen Termin im Kundenzentrum vereinbart, davon allein 15.000 in diesem Jahr. Zu den am häufigsten angefragten Dienstleistungen gehören dabei Anmeldungen, Personalausweise und Reisepässe.

Ab sofort haben alle Bürgerinnen und Bürger die Chance, vor dem Besuch im Kundenzentrum einen Termin zu vereinbaren, um Wartezeiten zu vermeiden. Terminkunden werden vorrangig bedient. Bürgerinnen und Bürger, die ohne einen Termin die Kundenzentren aufsuchen, werden so zeitnah wie möglich mit einem Termin versorgt.

Steht kein Internet zur Verfügung, kann ein Termin auch über die einheitliche Behördennummer 115 oder den Telefonischen Hamburg Service 428 28-0 gebucht werden.

Die Stadt Hamburg weist unter dem Motto „Tschüss, Wartezeit!“ ab sofort an ausgewählten Standorten in der Hansestadt mit Plakaten auf den neuen Service und seine Vorzüge hin.

Bildmaterial: Kampagnenmotiv



Bildunterschrift: „Mit einer aufmerksamkeitsstarken Informationskampagne weist die Stadt Hamburg auf die Vorteile ihres Online-Terminmanagements hin, mit dem Bürgerinnen und Bürger viel Zeit sparen können“

Für Medienrückfragen:  
Bettina Maak  
Bezirksamt Harburg  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel: +49 40 428 71-4010; Fax: +49 40 427 90-7777  
Mobil: +49 176 428 51324  
E-Mail: [Pressestelle@harburg.hamburg.de](mailto:Pressestelle@harburg.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/harburg](http://www.hamburg.de/harburg)

## PRESSEMITTEILUNG

20. Februar 2014/ds20

# Datenschutz made in Hamburg

## Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (HmbBfDI) hat der Bürgerschaft seinen Tätigkeitsbericht 2012/2013 vorgelegt.

Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden haben im vergangenen Jahr die öffentlichen Diskussionen zum Thema Datenschutz beherrscht und reißen nicht ab. In bisher ungeahnter Dimension wurden und werden Bürgerinnen und Bürger von Geheimdiensten ausgespäht. Angesichts immer umfassenderer Überwachungsprogramme müssen wir uns fragen: Haben wir überhaupt die vollständige Kontrolle über unsere Daten? Nein, wir verlieren sie jeden Tag mehr und mehr. Daraus ergibt sich: **Datenschutz erfordert globales Denken und gleichzeitig lokales Handeln.**

Daher gilt es, vor Ort – also mit Blick auf die Daten verarbeitenden Stellen in Hamburg – eine informationelle Fremdbestimmung zu verhindern und einen sorgsameren Umgang mit unseren Daten einzufordern. Datenschutz ist wie kaum ein anderes Sachgebiet ein Querschnittsthema der Informationsgesellschaft. Ihn auf allen Gebieten des sozialen Lebens gegenüber privaten Akteuren wie auch gegenüber öffentlichen Stellen durchzusetzen, ist beschwerlich und oft das sprichwörtliche „Bohren dicker Bretter“.

Der aktuelle Tätigkeitsbericht des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit beleuchtet die Arbeit der vergangenen zwei Jahre auf über 270 Seiten in all ihren Facetten. Exemplarisch sind hier zu nennen:

- Wesentlich für die modernen Herausforderungen des Datenschutzes ist eine sichere Infrastruktur der Datenverarbeitung. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat eine neue Telefontechnologie eingeführt (Next Generation Network, NGN), die auf der **Internettelefonie** (VoIP) basiert. Alle entsprechenden Telefongespräche der Behördenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen werden dabei über die gleiche Infrastruktur wie die behördeninternen Datenverbindungen abgewickelt. Die FHH hat dabei aus Kostengründen entgegen unserer Forderung auf eine Verschlüsselung der Datenströme verzichtet. Das Risiko, dass Gesprächsinhalte unberechtigt abgehört werden, wird dabei in Kauf genommen. Dies betrifft die Privatsphäre der Beschäftigten ebenso wie die der Bürger, sofern deren personenbezogene Daten Gegenstand von Telefonaten innerhalb der FHH werden.
- Die **sozialen Netzwerke** haben unsere Kommunikation von Grund auf revolutioniert, sie haben aber auch unsere Privatsphäre wesentlich verletzlich gemacht. Dass öffentliche Stellen

zusehends soziale Netzwerke nutzen wollen, ist ein nachvollziehbares Anliegen, das zu diskutieren und zu prüfen ist.

- ➔ Darf die Polizei ihre Öffentlichkeitsfahndung über soziale Netzwerke betreiben? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen? Hier muss verhindert werden, dass Dritte die Öffentlichkeitsfahndung als Aufruf zur Selbstjustiz und zu Hetzjagden im Internet missbrauchen. Im Übrigen sind die weiteren rechtlichen Voraussetzungen sehr genau zu prüfen.
- ➔ Schulen werden künftig für die tägliche Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern soziale Netzwerke nutzen oder selbst anbieten. Deren datenschutzrechtliche Risiken müssen erkannt und minimiert werden. So ist auszuschließen, dass Dritte schul- und jahrgangsübergreifende Bildungsprofile einzelner Schülerinnen und Schüler erstellen. Jugendliche dürfen nicht gezwungen werden, unbewusst erhebliche Risiken der Kommunikationstechnologie einzugehen.
- Das Verhalten im Internet und der Einsatz der eigenen Daten muss erlernt werden wie das Verhalten im Straßenverkehr. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte hat sich deshalb – neben seiner Initiative „Meine Daten kriegt ihr nicht“ – an dem Projekt „**Hamburger Medienpass**“ der Schulbehörde beteiligt und 2013 das Modul „Datenschutz und soziale Netzwerke“ erstellt. Lehrerinnen und Lehrer erhalten hierin für die 5. bis 8. Jahrgangsstufe umfangreiches Unterrichtsmaterial zur Medien- und Datenschutzkompetenz insbesondere im Umgang mit sozialen Netzwerken.
- Zur Aufklärung und **Gefahrenabwehr** haben alle Polizeikräfte Zugriff auf umfangreiche Dateien. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte hat erreicht, dass die Stichprobenkontrollen der Zugriffs-Protokolle in Zukunft nachvollziehbar dokumentiert und damit erstmals einer Überprüfung zugänglich werden.

Nicht durchsetzen konnte er sich dagegen bislang mit der Forderung, auf die vorsorgliche Sicherheitsüberprüfung aller Mitarbeiter staatlich beauftragter Abschleppunternehmer zu verzichten, was Kosten für eine ständige Bewachung einer Kfz-Verwahrstelle einsparen soll.

- Verschiedene **Datenschutzpannen in Krankenhäusern und Arztpraxen** zeigen, dass der Schutz der Patientendaten immer wieder neu gesichert werden muss. So hatte beispielsweise eine Hamburger Klinik bei der Entsorgung von Altakten weder hinreichende Regelungen mit den Entsorgern getroffen noch den Zugang zu den Patienten- und Personaldaten ausreichend gesichert.
- Zahnärzte drängten auch Kassenpatienten schon vor dem ersten Arztkontakt zur Einwilligung zu **Bonitätsabfragen**. Schließlich wurden auch Arztbriefe aufgrund fehlerhafter Eingabe der Faxnummer an falsche und damit unberechtigte Dritte übermittelt, denen dann hoch sensible Gesundheitsdaten des Patienten bekannt wurden.
- **Google** räumt sich mit neuen Privatsphärebestimmungen das Recht ein, alle Daten zu verknüpfen, die von den Nutzern bei den verschiedenen Diensten anfallen, ob Suchmaschine, Youtube oder Gmail. Im Rahmen einer europäischen Taskforce hat die Hamburgische Datenschutzaufsicht ein Verwaltungsverfahren dagegen angestrengt.
- Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte hat sich außerdem für eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten der Nutzerinnen und Nutzer bei der Verarbeitung sensibler personenbezogener Daten durch Soziale Netzwerkbetreiber insbesondere **Facebook** stark gemacht. Beispielsweise ist nach Auffassung der Datenschutzaufsicht die Verarbeitung biometrischer Daten im Wege der Gesichtserkennung nur mit einer informierten, freiwilligen und aktiven Einwilligung der Betroffenen zulässig. Am Ende eines langwierigen Verfahrens und

umfangreicher Verhandlungen mit Facebook zog es das Unternehmen vor, eher die Gesichtserkennungsfunktion zu deaktivieren als die geforderte Einwilligung zu implementieren.

- In Hamburg ist Wohnraum ein knappes Gut. **Wohnungssuchende** müssen oftmals schon weit vor Vertragsabschluss eine Vielzahl persönlicher Angaben machen, um überhaupt als Mieter in Betracht zu kommen. Damit die Wohnungssuche nicht zu einer umfassenden Selbstoffenbarung wird, hat der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Informationsschrift entwickelt. Sie klärt darüber auf, ob und zu welchem Zeitpunkt welche Daten der Mietinteressenten erhoben werden dürfen.
- Die Anzahl der von Unternehmen und Privatpersonen eingesetzten **Videoüberwachung** nimmt stetig zu. Hamburger und Hamburgerinnen werden nicht nur in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf der Straße, sondern auch in Einkaufszentren, in Cafés und in Hotels in großem Umfang überwacht. Jede Beschwerde, die der Datenschutzbeauftragte von Bürgerinnen und Bürgern zu einer Videoüberwachungsanlage erhält, muss im Einzelnen geprüft werden. Das ist derzeit aus Kapazitätsgründen kaum noch möglich.

„Die atemberaubende digitale Entwicklung der letzten 10 Jahre hat die Arbeit der Datenschutzbehörden wesentlich komplexer gemacht. Qualität und Quantität der modernen Herausforderungen des Datenschutzes setzen angemessen ausgestattete Aufsichtsbehörden voraus, die den technischen und rechtlichen Anforderungen auf der Höhe der Zeit begegnen können. Datenschutz und Datensicherheit erfordern ein Konzept der intelligenten Steuerung, das neben der Aufgabe des Rechtsvollzugs einen Schwerpunkt auf die Aufklärung der Betroffenen und die Beratung von verantwortlichen Stellen setzt. Dies gilt gerade an einem Medienstandort wie Hamburg. Vor diesem Hintergrund muss die Ausstattung des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit künftig diesen modernen Herausforderungen angepasst werden“, so Johannes Caspar, Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Der Tätigkeitsbericht kann beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten kostenlos angefordert werden und steht unter [www.datenschutz-hamburg.de](http://www.datenschutz-hamburg.de) als Download zur Verfügung.

**Pressekontakt/ Rückfragen:**

Arne Gerhards, Tel. 040/42854-4153

---

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

E-Mail: [presse@datenschutz.hamburg.de](mailto:presse@datenschutz.hamburg.de)

Klosterwall 6, 20095 Hamburg - Tel.: 040/42854-4153 - Fax: 040/42854-4000

21. Februar 2014/bis21

## **3 %-Sperrklausel für Bezirksversammlungswahl:**

# **Referendumsbegehren nach Entscheidung des Hamburgischen Verfassungsgerichts beendet**

Mit Beschluss vom 20. Februar 2014, der heute veröffentlicht wurde, hat das Hamburgische Verfassungsgericht festgestellt, dass zu dem Gesetz, mit dem die 3-Prozent-Sperrklausel bei Bezirksversammlungswahlen wieder eingeführt wurde, ein Referendum unzulässig ist. Damit ist das laufende Referendumsbegehren „Faires Wahlrecht - Jede Stimme zählt“ beendet. Die in den bezirklichen Kundenzentren ausgelegten Eintragungslisten und bisher eingegangenen Eintragungsbriefe werden vernichtet.

Hintergrund: Zu dem Fünfzehnten Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg, mit dem die 3-Prozent-Sperrklausel bei Bezirksversammlungswahlen wieder eingeführt worden ist, wurde ein Referendumsbegehren angezeigt. Aufgrund der Anzeige war der Senat trotz bestehender Zweifel an der Zulässigkeit gesetzlich dazu verpflichtet, das Referendumsbegehren bekannt zu machen sowie die Eintragung in amtlichen Eintragungslisten und per Brief zu ermöglichen. Zugleich hatte der Senat zur Klärung der Zulässigkeit des Referendumsbegehrens das Verfassungsgericht angerufen.

### **Rückfragen der Medien:**

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de) Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

sowie:

**Landeswahlamt, Oliver Rudolf, Tel. 040 – 42839-1732**

## Terminkalender

Vom 24. Februar bis 2. März 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 24.02.2014

- 09:30** Airbus Werft Finkenwerder, Halle 103, Kreetslag 10, Finkenwerder  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Betriebsversammlung der Airbus Operations GmbH** ein Grußwort.
- 10:30** Am Schleusengraben 24, 21029 Hamburg-Bergedorf  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Grundsteinlegung für das Technologiezentrum Energie-Campus der Hochschule für Angewandte Wissenschaften** ein Grußwort.  
  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen teil.
- 11:30** SAGA, Rungestraße 12  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Richtfestes der SAGA** in der Rungestraße ein Grußwort.
- 16:00** Rathaus, Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Empfangs für die an Baugenehmigungsverfahren beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung** ein Grußwort.  
  
Senatorin Jutta Blankau und Staatsrat Michael Sachs nehmen teil.

### Dienstag, den 25.02.2014

- 13:00** Desy Campus, Notkestraße 85  
Bürgermeister Olaf Scholz besucht das **Hamburger Exzellenzcluster HCU (Hamburg Center for Ultrafast Imaging)**.  
  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil.
- 14:30** Kiel, Schleswig-Holsteinischer Landtag, Düsternbrooker Weg 80  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am **Politischen Forum STRING** teil.
- 16:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße  
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht beim **Gewerkschaftstag der Deutschen Steuergewerkschaft** ein Grußwort.
- 18:30** AOK Rheinland/ Hamburg, Regionaldirektion Pappelallee 22  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet die **Fotoausstellung „Waisen der Medizin“** mit einem Grußwort.
- 19:00** Altonaer Museum, Museumstr. 23

Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Arno Schmidt - Der Schriftsteller als Landschaftsfotograf“** ein Grußwort.

**Mittwoch, den 26.02.2014**

- 10:00** Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4  
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich der **Tagung des Wirtschaftsförderungsrates** ein Grußwort.
- 10:00** Leuschnerstraße 93  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung des Wilhelm-Leuschner-Seniorenzentrums** ein Grußwort.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung  
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt anlässlich der **Vorführung des Dokumentarfilms „Ciao Cello“** die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
- 19:00** Gästehaus des Senats  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Senatsempfangs zur „Science Link“-Abschlusskonferenz** ein Grußwort.  
  
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.
- 19:30** Ernst-Deutsch-Theater, Friedrich-Schütter-Platz  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von „Werkstatt der Kreativität V“ der Ballettschule Hamburg.**

**Donnerstag, den 27.02.2014**

- 09:30** DESY, Notkestraße 85, Gebäude 5 (Hörsaal)  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Konferenz „Science Link and Beyond“** ein Grußwort.
- 11:00** Schwarzenbergstraße 74  
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich der **Wiedereröffnung der Drogenberatungsstelle ABRIGADO** ein Grußwort.
- 11:00** Carl-Cohn-Straße 39  
Senator Michael Neumann und Senatorin Prof. Barbara Kisseler sprechen bei der **Eröffnung des Polizeimuseums** ein Grußwort.  
  
Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 14:00** Johannissbollwerk 6-8  
Senator Frank Horch spricht anlässlich **der Büroeinweihung von WTM Engineers**, größter Dienstleister für technische Beratungsleistungen im Bauwesen, ein Grußwort.
- 16:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Staatsrat Michael Sachs hält einen **Vortrag anlässlich einer Ausschusssitzung für Stadt- und Regionalentwicklung der IHK.**
- 18:00** Internationales Maritimes Museum Hamburg, Koreastraße 1

Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Dr. Bernd Egert sind zu Gast beim **Hamburger Hafen Empfang 2014**.

- 19:00** Berlin, Landesvertretung  
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Botschafter der Republik Guatemala, Carlos Humberto Jimenez Licona**.
- 19:00** Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung „Mythos Chanel“** ein Grußwort.
- 20:00** Kampnagel, Jarrestr. 20  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Eröffnung des Festivals „Tanzplattform Deutschland 2014“** ein Grußwort.

**Freitag, den 28.02.2014**

- 18:00** Helmut-Schmidt-Universität, Holstenhofweg 85  
Senator Michael Neumann hält bei der **Semestereröffnung des Studienganges Sicherheitsmanagement an der Northern Business School** eine Rede.

**Samstag, den 01.03.2014**

- 20:00** Kampnagel, Jarrestr.20  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht im Rahmen der **„Tanzplattform Deutschland 2014“ die Vorstellung „Chor[e]ographie/Journalismus: Kurze Stücke“** (VA Wölfl/Neuer Tanz, Düsseldorf).
- 20:45** CCH  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Jüdischen Gesangs- und Tanzwettbewerbs „Jewrovision 2014“** ein Grußwort.

**Sonntag, den 02.03.2014**

- 16:00** Deutsches Schauspielhaus Hamburg, Kirchenallee 39  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von „Heimweh & Verbrechen“ von Christoph Marthaler**.